

„Sparen und bestrafen“ ... wie lange noch?

Auf dem CDU-Parteitag rühmte sich Kanzlerin Merkel, den Griechen „strenge Bedingungen“ diktiert zu haben und lässt lieber die 110 Milliarden (von Eu und IWF) für die Rettung der großen internationalen Gläubigerbanken der griechischen Staatsschulden unerwähnt, was die Verschuldung der europäischen Geberstaaten, darunter Deutschland, weiter nach oben trieb.

„Strenge ist notwendig“, sagt sie heute gegenüber den Iren und ist zugleich wieder bereit, 80 -100 Milliarden aus dem 750 Milliarden-Euro-Rettungsschirm aufzubieten, um die Gläubigerbanken, an vorderster Stelle die deutschen Banken, vor einem Kreditausfall zu schützen.

„Sparen und bestrafen, das sind die Schlüsselwörter der Kanzlerin“, kommentiert das Handelsblatt vom 19.11. Das sind die Schlüsselwörter freilich nur in die eine Richtung, die in die andere Richtung heißen eher „Fluten und nochmals Fluten“.

Trotz der Demonstrationen und gegen die hinter ihnen stehende Ablehnung der großen Mehrheit, fährt Merkel eisern fort, dem deutschen Volk ihre „Spar- und Bestrafungsmaßnahmen“ zu diktieren. Weil das von den gleichen Gläubigerbanken, von den Finanzmärkten, den Profitsprüchen der Kapitalisten gefordert wird.

Gerade hat sie ihre verhassten Antireformen, das Spar-/Verarmungspaket und die Gesundheitsreform/Kopfpauschale in ihrem „Herbst der Entscheidung“ durch den Bundestag gepeitscht, und verkündet, dass sie an der Rente mit 67 festhalten wird. D.h. an einer Politik, die immer mehr Arbeitnehmer und ihre Familien ins soziales Elend stürzen und der Altersarmut ausliefern.

Und nun setzt sie mit weiteren Schlägen nach.

Für die Jugend kennt Merkel nur eine Zukunft: prekäre Jobs.

Gegen den Protest der DGB-Gewerkschaften hat die Bundesregierung gemeinsam mit den Unternehmerverbänden einen Ausbildungspakt ausgehandelt, der verkürzte Schmalspur-Ausbildungen und ein verschlechtertes, flexibleres Jugendarbeitsschutzgesetz vorsieht.

Immer mehr Jugendliche werden sich zukünftig in prekären Arbeitsverhältnissen wieder finden, in Jobs, zu denen schon heute nach Angaben der IG Metall 54% der unter 25jährigen verurteilt sind.

„Der Ausstieg aus dem Solidarsystem droht jetzt auch in der Pflegeversicherung“! (SPD)

Nach der Zersetzung der solidarisch und paritätisch finanzierten gesetzlichen Krankenversicherung setzt die Regierung Merkel

nun mit einem Angriff auf die gesetzliche Pflegeversicherung nach. Den Versicherten drohen drastisch höhere Beiträge, während auch hier der Beitragsanteil der Arbeitgeber eingefroren und diese damit deutlich entlastet werden sollen.

„Die neuen Hartz-IV Regelsätze der Regierung Merkel sind keine tragfähige Basis zur Vermeidung von Armut, insbesondere Kinderarmut“. (DGB)

Es sind nur weitere Maßnahmen zur Entrechtung und Entwürdigung der Arbeitslosen.

Und die Hunger-Regelsätze für schulpflichtige Kinder aus Hartz-IV-Familien werden noch dazu erst in frühestens drei bis vier Jahren erhöht, ergaben Berechnungen des DGB.

Wie aber kann es dazu kommen, dass diese Regierung Merkel, die so isoliert ist und von den Massen abgelehnt wird, so brutal handeln kann – gegen alle sozialen Errungenschaft, gegen die Demokratie?

Wieso entscheiden die Gewerkschaftsführungen für „protestierende Aktionen“ und Demonstrationen, die nach ihren eigenen Aussagen nicht das Ziel haben, Merkels Politik der sozialen Demontage zurückzuschlagen? Oder wie es der DGB-Vorsitzende Sommer sagt: die Proteste sollten „nicht die weitere Zusammenarbeit mit der Regierung Merkel“ für eine korrigierende Gestaltung der Antireformen behindern.

Ist es nicht gerade diese Zusammenarbeit, die allein darauf setzt, durch Proteste „Korrekturen“ zu bewirken, die es der Regierung Merkel erlaubt, gegen die gesellschaftliche Mehrheit ihre Maßnahmen durchzusetzen?

Diese Fragen stellen sich Hunderttausende Arbeitnehmer, die immer wieder die Erfahrung machen mussten, dass ihre große Kampfbereitschaft von den Gewerkschaftsführungen selbst zurück gehalten wurde.

Warten bis 2013?

Der IG Metall-Vorsitzende Huber weist die Gewerkschaftskollegen auf andere politische Wahlentscheidungen, auf die man hinarbeiten müsse.

Hinnehen dass die Regierung Merkel bis 2013 ihr Zerstörungswerk weiter betreibt?

Nein, die Arbeiterschaft und Jugend ist nicht bereit, einen solchen Preis zu zahlen. Sie wollen, dass endlich Schluss ist, dass die arbeitnehmerfeindlichen Antireformmaßnahmen gestoppt werden.

Obwohl die Gewerkschaftsführungen die Demonstrationen des „heißen Herbst“ im Rahmen von lediglich protestierenden

Aktionen gefesselt und eine wirkliche gewerkschaftlich organisierte Mobilisierung, auch gestützt auf Arbeitsniederlegungen, verweigert haben, haben sich 100.000 Arbeitnehmer bis Mitte November gegen die Politik der Regierung Merkel mobilisiert.

„Wir haben es satt!“

Über 10.000 haben jetzt am 18.11. in Kiel gegen die Sparpolitik der Bundes- und Landesregierung demonstriert, gegen die Kürzungen an den Schulen, Universitäten, Krankenhäusern...

Am 17.11. sind in Bayern die Studenten gegen den Bildungskahlschlag auf die Straße gegangen.

Am 23. 11. haben die Studenten in Thüringen gegen die geplanten Kürzungen im Bildungsbereich zu einer landesweiten Demo in Erfurt aufgerufen.

Die Gewerkschaftskollegen sind bereit, den gewerkschaftlich organisierten Kampf vorzubereiten.

So beschlossen die Kollegen der ver.di-Bezirkskonferenz in Berlin am 20.11.:

„Wir rufen alle Kolleginnen und Kollegen, wie alle Vorstände und gewerkschaftlichen Funktionäre auf, gemeinsam zu diskutieren, wie wir eine gewerkschaftlich organisierte Mobilisierung in Bewegung setzen können, die erfolgreich die Rücknahme der Antireformgesetze ermöglicht. Dazu gehört die Überlegung, alle Kampffaktionen zu bündeln auf einer machtvollen zentralen Demonstration in Berlin, am Sitz der Regierung: für die Rücknahme der Antireformgesetze! Stopp des zerstörerischen Antireformwerks der Regierung Merkel!“

GewerkschafterInnen, SozialdemokratInnen und politisch Engagierte, die zu regionalen Konferenzen eingeladen haben (s. S. 6 und 7), um über die Erfahrungen in den Herbstaktionen und die Bilanz des Kampfes gegen die Antireformen von Merkel zu diskutieren, schreiben:

„Ist es nicht notwendig, unsere Gewerkschaften, die unabhängigen Gewerkschaften des DGB als die Kampfinstrumente für die Verteidigung der Arbeiterschaft gegen die arbeiterfeindliche Offensive von Regierung und Kapital zurückzugewinnen?“

Ist das nicht auch der Weg, durch die gewerkschaftlich organisierte Mobilisierung der Arbeiterschaft eine Kraft zu schaffen, die den SPD-Mitgliedern und –Wählern (und Stimmerweigerern) hilft, mit der Politik der SPD-Führung zu brechen und ihren Platz an der Seite der kämpfenden Arbeiterschaft und ihrer Gewerkschaften einzunehmen?

Carla Boulboulé